

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr am Dienstag, den 24. September 2013 um 18.30 Uhr im Sozialen Dienstleistungs- und Beratungszentrum (AWO-Haus), Eschenweg 1a, 24782 Büdelsdorf

Anwesend:

Ausschussvorsitzende: Stadtvertreterin Höll (CDU)

Weitere Ausschussmitglieder: Stadtvertreterin Kroske (BWG)
Stadtvertreterin Sameisky (SPD)
Bürgerliches Mitglied Wulf (CDU) in Vertretung für
Stadtvertreterin Beyer
Bürgerliches Mitglied Brodersen (SSW)
Bürgerliches Mitglied Lerbs (SPD) in Vertretung
für Bürgerliches Mitglied Reichelt
Bürgerliches Mitglied Witte (SPD)

Protokollführer/in: Frau Grube

**Nicht anwesende, nicht
vertretene Ausschussmitglieder:**

Andere Anwesende: Herr Sievers
Herr Kallweit Seniorenbeirat

**Nach § 22 GO ausgeschlossene
Teilnehmerinnen oder Teil-
nehmer:** -

Zuhörerinnen und Zuhörer: 6 Personen

Presse: -

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 18.35 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Einladung und die Sitzungsvorlage sind den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen.

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet die Ausschussvorsitzende die Bürgerlichen Mitglieder gemäß § 46 Abs. 6 GO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt diese in ihr Amt ein.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO
2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift von der Sitzung am 07. Mai 2013
3. Anfragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht auf der Tagesordnung stehen
4. Neufassung der Straßenbaubeitragssatzung für die Stadt Büdelsdorf
- Beschlussempfehlung -
5. GEP für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg;
hier: Anerkennung von Leitprojekten für das Haushaltsjahr 2013
6. Haushaltsangelegenheiten 2014
 - 6.1 Teil-Haushalt 2014 des Ausschussbudgets
 - 6.2 Teil-Stellenplan
7. Berichte
 - 7.1 Umweltbericht
8. Informationen
 - 8.1 Vorgesehener Verkauf des Mehrfamilienhauses Neue Dorfstraße 11
 - 8.2 Rückbau von öffentlichen Telefonen
 - 8.3 Weg zur Liebesbuche
9. Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der bürgerlichen Mitglieder

Der nachfolgende Tagesordnungspunkt wird nach Maßgabe der Beschlussfassung des Ausschusses voraussichtlich nichtöffentlich beraten

10. Grundstücksangelegenheiten

Öffentlicher Teil:

11. Bekanntgabe von Beschlüssen und Empfehlungen zu dem in nichtöffentlicher Sitzung behandelten Tagesordnungspunkt

Öffentlicher Teil:

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO

Es liegen keine Hinweise auf mögliche Ausschließungsgründe vor.

2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift von der Sitzung am 22. Januar 2013

Es liegen keine Einwendungen vor.

3. Anfragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht auf der Tagesordnung stehen

Herr Bredenbeck weist darauf hin, dass die Samlandstraße im Sielbereich abgesackt sei. Die Barken der Baufirma würden bereits drei Wochen stehen, bislang wurde jedoch noch nichts veranlasst.

Die Verwaltung erläutert, dass die Zuständigkeit bei der Abwasserbeseitigung Büdelsdorf liege. Diese habe einen Vertrag mit Firma Thomsen. *Firma Thomsen hat am 30.09.2013 begonnen, den Schaden zu beheben.*

Herr Kallweit erläutert, dass die Straße Am Hang (Einbahnstraße) zwar einen Bogen mache, die Radfahrer jedoch weiter geradeaus und somit entgegen der Einbahnstraße fahren würden. Hier bittet er zu klären, ob ein Schild „Radfahrer frei“ aufgestellt werden könne.

Des Weiteren bittet Herr Kallweit darum, den Wanderweg im Moorweg häufiger zu mähen, so dass die Bänke freigeschnitten sind.

Ein weiterer Zuhörer beklagt die Abwanderung der Kinderärzte in Büdelsdorf und fragt nach, ob dies im Blickpunkt der Stadt stehe und was die Stadt unternehmen werde.

Die Verwaltung erläutert, dass sie den Zuzug bzw. die Abwanderung von Kinderärzten nicht steuern könne.

4. Neufassung der Straßenbaubeitragsatzung für die Stadt Büdelsdorf - Beschlussempfehlung -

Die Ausschussvorsitzende verweist auf die Vorlage.

Stadtvertreterin Kroske fragt nach, welche Auswirkungen das rückwirkende Inkrafttreten der neuen Straßenbaubeitragsatzung für die Abrechnung der Kampstraße habe. Die Verwaltung erläutert, dass die Anlieger der Kampstraße nicht durch die neue Satzung benachteiligt werden dürfen, sondern dass es in diesem Fall eine Vergleichsberechnung nach neuer und der damals geltenden Satzung geben wird. Die für die Anlieger günstigere Satzung findet dann Anwendung.

Bürgerliches Mitglied Witte hinterfragt, wie die Abrechnung bei einem Ausbau der Annenstraße erfolgen würde, da diese zum Teil im Sanierungsgebiet liegt.

Die Verwaltung erläutert, dass in einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet keine Straßenbaubeiträge erhoben werden, sondern dass zum Ende der gesamten Sanierungsmaßnahme ein sogenannter Ausgleichsbetrag zu zahlen sei. Dieser richte sich nach der Werterhöhung des jeweiligen Grundstückes, welche durch unterschiedliche Sanierungsmaßnahmen hervorgerufen wurde.

Bürgerliches Mitglied Wulf erklärt, dass die CDU-Fraktion die Vergünstigung für Eckgrundstücke und durchlaufende Grundstücke grundsätzlich ablehne. Er schlägt vor, die Vergünstigung nur dann zu gewähren, wenn innerhalb von 15 Jahren die nächste Straße ausgebaut wird, so dass der Grundstückseigentümer bei dieser erneuten Beitragserhebung finanziell entlastet wird.

Stadtvertreterin Sameisky begrüßt diesen Vorschlag, gibt aber zu Bedenken, dass ein Zeitraum von 15 Jahren zu groß gefasst ist.

Nach kurzer Aussprache beschließt der Ausschuss, über die von Bürgerlichem Mitglied Wulf vorgeschlagene Variante abstimmen zu lassen, wobei von einem Zeitraum von 10 Jahren zwischen den Beitragserhebungen ausgegangen werde.

Sodann beschließt der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr mit sechs Ja-Stimmen und einer Enthaltung, der Stadtvertretung zu empfehlen, nachstehenden Beschluss zu fassen:

Beschlussempfehlung:

Der als Anlage 1 der Sitzungsvorlage beigefügte Satzungsentwurf wird mit folgender Änderung beschlossen:

Die Eckgrundstücksvergünstigung sowie die Vergünstigung für durchlaufende Grundstücke gem. § 5 Abs. 5 und Abs. 6 wird nur dann gewährt, wenn für das Grundstück bereits innerhalb von 10 Jahren vor der Entstehung der Beitragspflicht Ausbaubeiträge erhoben wurden. Maßgeblich für die Fristbestimmung ist der jeweilige Zeitpunkt der Entstehung der Beitragspflicht und nicht der Zeitpunkt der Abrechnung.

5. GEP für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg hier: Anerkennung von Leitprojekten für das Haushaltsjahr 2013

Die Ausschussvorsitzende verweist auf die Vorlage.

Stadtvertreterin Kroske hinterfragt in Bezug auf die „planerische Grundlagenermittlung Gewerbegebiet Borgstedt“ die Folgekosten, insbesondere für die Erschließung. Stadtvertreterin Wilken erläutert, dass die Erschließungskosten durch den Verkauf der Grundstücke wieder reingeholt werden würden, zunächst müsse man jedoch in Vorleistung treten.

Des Weiteren hinterfragt Stadtvertreterin Kroske die Kosten für das Sanierungsgebiet Neuwerk-West. Die Verwaltung erläutert, dass es sich hierbei um Maßnahmen von überregionaler Bedeutung, ähnlich wie bei dem Vorhaben „Künstlerviertel“ in Büdelsdorf handele.

Ob und in welcher Höhe diese Kosten überhaupt zur Auszahlung kommen werden bzw. wie diese auf die Städtebaufördermittel anzurechnen sind, ist noch nicht abschließend geklärt. Als Merkposten seien diese Kosten jedoch bereits veranschlagt.

Herr Kallweit fragt nach, warum für den Lärmaktionsplan unterschiedlich hohe Beträge veranschlagt worden sind.

Die Verwaltung erläutert, dass dieses Projekt über mehrere Jahre laufe und nicht in jedem Jahr gleich viel Geld benötigt werde.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Anerkennung der nachfolgenden Projekte als Leitprojekte der Gebietsentwicklungsplanung für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg und der Gewährung von Zuschüssen aus dem Haushaltsplan 2013 des GEP Strukturfonds in beantragter Höhe wird zugestimmt:

1. Aufnahme und Förderung neuer Leitprojekte 2013

1.2 Planerische Grundlagenermittlung Gewerbegebiet Borgstedtfelde

Antragstellerin: Entwicklungsgesellschaft Borgstedtfelde mbH

Beantragte Förderung 2013: 6.300 €

2. Anschlussförderungen 2013 für bereits 2012 anerkannte Leitprojekte

2.1 Sanierungsgebiet Neuwerk West (ehem. Eiderkaserne),

Neubau der HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE

Antragstellerin: Stadt Rendsburg

Beantragte Förderung 2013: 233.600 €

Bewilligt für 2012: 132.800 €

2.4 EU-Umgebungslärmrichtlinie, Stufe II

Lärmaktionsplan nach § 47 d Bundesimmissionsschutzgesetz

Antragstellerin: Stadt Rendsburg u.a.

Beantragte Förderung 2013: 100.000 €

Bewilligt für 2012: 20.000 €

6. Haushaltsangelegenheiten 2014

6.1 Teil-Haushalt 2014 des Ausschussbudgets

Die Ausschussvorsitzende führt in die Vorlage ein.

Die Verwaltung macht darauf aufmerksam, dass in den vorliegenden Haushaltsübersichten vergessen wurde, zwei Beträge nachzutragen. Die Zahlen werden entsprechend korrigiert. Zur besseren Übersicht werden der Ergebnisplan und der Finanzplan neu verteilt.

Stadtvertreterin Kroske stellt zur Diskussion, den Haushalt vor dem Hintergrund der erhöhten Kosten durch die Schulplanung erst als Gesamtpaket im Herbst zu beraten, da sich die BWG in der Kürze der Zeit nicht in der Lage fühle, über das Ausschussbudget zu beraten.

Die Verwaltung führt aus, dass die erhöhten Kosten im Jahr 2014 insbesondere durch die in den letzten Jahren immer wieder geschobenen Straßenbaumaßnahmen sowie die erhöhten Zweckentfremdungszinsen im Sanierungsgebiet hervorgerufen werden.

Stadtvertreterin Sameisky hinterfragt die im Fachbereich angestiegenen Personalkosten. Diese seien nach ihren Berechnungen um 8 - 10 % angestiegen. Die Verwaltung erklärt, dass eine geringe Kostenerhöhung mit der allgemeinen tariflichen Erhöhung zusammenhängen könnte und geht mit dem Ausschuss den Personalplan durch. In diesem Zusammenhang weist die Verwaltung darauf hin, dass im Gegensatz zum Vorjahr sogar Stellen eingespart worden sind. Gründe für erhöhte Personalkosten sind in der Sitzung nicht zu erklären, werden jedoch bei der Personalverwaltung nachgefragt.

Nach Rücksprache mit der Personalverwaltung wurde im Bereich der Beamten eine detailliertere Aufschlüsselung der Personalkosten auf die jeweiligen Konten vorgenommen. Hinzu kommen Verschiebungen der Kosten in einigen Bereichen, welche durch geänderte Aufgabenwahrnehmungen der Mitarbeiter begründet sind. Insgesamt werden im Vergleich zum Vorjahr jedoch 17.200,00 Euro (0,68 %) im Personalbereich des Fachbereiches Bauen und Umwelt eingespart.

Bürgerliches Mitglied Witte unterstützt aufgrund der ungeklärten Personalkosten den Vorschlag von Stadtvertreterin Kroske, die Beratung über den Haushalt zu verschieben.

Die Verwaltung bittet die Ausschussmitglieder in diesem Zusammenhang im Falle einer Vertagung dieses Tagesordnungspunktes um entsprechende Konsolidierungsvorschläge. Sie bittet, diese der Verwaltung rechtzeitig zukommen zu lassen.

Stadtvertreterin Sameisky fragt nach, warum ca. 20 % mehr Kosten für die Straßenbeleuchtung eingeplant wurden. Die Verwaltung erklärt, dass der Stromverbrauch gleichbleibend sei und die Kosten lediglich dem erhöhten Strompreis geschuldet seien. Die Umrüstung auf LED-Beleuchtung ist aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage zur Abrechnung (Neufassung der Straßenbaubeitragssatzung) noch nicht vorangeschritten.

Bürgerliches Mitglied Wulf hinterfragt, warum der Dienstwagen der Hausmeisterei dem Fachbereich für Gesellschaftliche Angelegenheiten zur Verfügung gestellt wird. Die Verwaltung erläutert, dass im Bereich der Sozialarbeit ein erhöhter Bedarf an einem Fahrzeug bestehe. Der zur Zeit zum Fachbereich Bauen und Umwelt gehörende Dienstwagen wird fast ausschließlich vom Fachbereich Gesellschaftliche Angelegenheiten genutzt, so dass die Mitarbeiter des Fachbereiches Bauen und Umwelt auf ihre privaten Pkw zurückgreifen müssen. Um diesen Umstand zu entzerren, wird der alte Pkw aus der Hausmeisterei der Sozialarbeit zur Verfügung gestellt, anstatt diesen zu veräußern.

Stadtvertreterin Kroske fragt nach, warum für die Erschließung des Erdbeerfeldes sowie des gegenüberliegenden Grundstückes Kosten eingeplant worden seien. Die Verwaltung führt aus, dass man die Grundstücke unerschlossen nicht vermarkten könne.

Nach kurzer Aussprache stellt der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr fest, dass es im Ausschussbudget kaum Konsolidierungsmöglichkeiten gibt.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr mit fünf Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die Haushaltsansätze (Teilfinanz- und Teilergebnispläne, Anlage 1 der Nachtragsvorlage) der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr fallenden Produkte werden dem Hauptausschuss / der Stadtvertretung zur Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2014 empfohlen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, aufgrund der Beschlüsse dieses Ausschusses ggf. notwendige Anpassungen einzelner Ansätze vorzunehmen und in den der Stadtvertretung vorzulegenden Haushaltsentwurf einzuarbeiten. Diese werden dann gesondert in der Sitzungsvorlage dargestellt.

6.2 Teil-Stellenplan

Der Teil-Stellenplan wurde bereits während der Haushaltsberatung unter Punkt 6.1 erläutert.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr fasst mit sechs Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Teil-Stellenplan 2014 für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr wird dem Hauptausschuss / der Stadtvertretung zur Beschlussfassung empfohlen.

7. Berichte

7.1 Umweltbericht

Die Ausschussvorsitzende verweist auf die Vorlage und den der Vorlage beigelegten Umweltbericht.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr nimmt Kenntnis.

8. Informationen

8.1 Vorgesehener Verkauf des Mehrfamilienhauses Neue Dorfstraße 11

Die Verwaltung erläutert, dass das Gebäude Neue Dorfstraße 11 im Zuge der geplanten Neuordnung des Betriebsgeländes (Hollerstraße 9 + Neue Dorfstraße 9) im Sanierungsgebiet Hollerstraße-West mit angekauft wurde, da der Eigentümer der Neuen Dorfstraße 9 nur als Ganzes an die Stadt Büdelsdorf verkaufen wollte.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass zum damaligen Zeitpunkt lediglich der gutachterlich festgelegte Kaufpreis gezahlt wurde; dieser Preis ist auch beim Verkauf wieder anzusetzen. Das Gebäude wurde vermietet übernommen, die Mieteinnahmen fließen bis zum Verkauf in das Treuhandvermögen.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr nimmt Kenntnis.

8.2 Rückbau von öffentlichen Telefonen

Die Telekom beabsichtigt aufgrund der erreichten Vollversorgung mit Festnetzanschlüssen sowie dem Ausbaustand der Mobilfunknetze den Rückbau von drei öffentlichen Basistelefonen in Büdelsdorf. Betroffen sind die Standorte Friedhofsallee 6, Gorch-Fock-Straße 2 und Sportallee 17.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr nimmt Kenntnis.

8.3 Weg zur Liebesbuche

Die Ausschussvorsitzende verweist auf die Vorlage.

Stadtvertreterin Sameisky weist darauf hin, dass der Sandweg durch den Besucher-verkehr zum Fährhaus stark belastet wird. Sie fragt nach, ob über Maßnahmen zur Verkehrsführung nachgedacht werden könne. Sie schlägt vor, direkt am Gelände nur Behindertenparkplätze auszuweisen und dies mit einem entsprechenden Durchfahrtschild am Beginn der Straße kenntlich zu machen, um den Verkehrsstrom zu minimieren.

Die Verwaltung erläutert, dass das Fährhaus sowie die anderen privaten Anlieger anfahrbar sein müssten und man daher die Durchfahrt für alle ermöglichen müsse.

Stadtvertreterin Wilken regt an, die Brücke Rendsburg-Eckernförde e.V. zu bitten, einen Hinweis auf die begrenzte Anzahl der Parkplätze in den Seminareinladungen für die Tagungen aufzunehmen und die Seminarteilnehmer im Vorwege zu bitten, auf andere Parkflächen auszuweichen.

Die Verwaltung wird diese Bitte über den Fachbereich Gesellschaftliche Angelegenheiten an die Brücke Rendsburg-Eckernförde e.V. übermitteln.

9. Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der Bürgerlichen Mitglieder

Stadtvertreterin Kroske weist daraufhin, dass die Grünflächen vor den Reetdachhäusern in der Friedhofsallee dringend gepflegt werden müssten. Sie bittet zu überprüfen, ob es sich um städtische Flächen handelt.

Die Verwaltung wird die Angelegenheit an den Bauhof weiterleiten.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Gehwege im Bereich des ehemaligen Geländes von Ahlmann-Elektronik in der Agnes-Miegel-Straße stark zugewachsen und nicht mehr begehbar seien.

Die Verwaltung wird diese Angelegenheit an das Ordnungsamt übergeben.

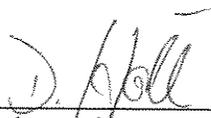
Stadtvertreterin Sameisky weist darauf hin, dass seit der Sanierung der Hochbrücke vermehrt Lkw auch über Nacht abgestellt werden. Insbesondere sei ihr aufgefallen, dass der Parkplatz von LIDL davon betroffen sei. Da die Lkw bereits lange vor Abfahrt gestartet werden, gehe von ihnen eine Lärmbelästigung aus.

Die Verwaltung erläutert, dass die Stadt Büdelsdorf auf Privatgelände keine Handhabe gegen das Abstellen der Lkw habe. Sofern Lkw in Straßen abgestellt werden, hat die Polizei in letzter Zeit vermehrt darauf geachtet, dass die Durchfahrt in den Straßen noch gewährleistet wird. Da die Lkw meist nur nachts abgeparkt werden, werden diese über die normale Verkehrsüberwachung kaum erfasst.

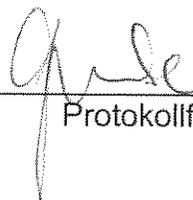
Da kein nichtöffentlicher Teil vorgesehen ist, schließt die Ausschussvorsitzende die Sitzung.

Ende der Sitzung: 20.10 Uhr

F.d.R.



Ausschussvorsitzende



Protokollführerin